HEINRICH BÖLL STIFTUNG

iran-report

Nr. 12/2003

ایران ریپورت

I. Innenpolitik

Drei Monate vor den Parlamentswahlen / Versammlungsverbot für den „Tag des Studenten" / Getrennte Parkanlagen für Männer und Frauen geplant / Massendemonstrationen gegen Israel / Knapp 90% der Bevölkerung für Fortsetzung der Reformen / Studenten verlangen Verfassungsreform / Ehemaliger Botschafter des Iran in Argentinien nach Iran zurückgekehrt

II. Wirtschaft

Krise der iranischen Textilindustrie / Gaspipeline von Iran via Pakistan nach Indien / Vertrag mit Deutschland: Produktion von schweren Lastkraftfahrzeugen / Wird Benzin rationiert? / Import aus Deutschland wuchs um 25% / Iran kann hunderttausend Tonnen Weizen an Irak liefern

III. Außenpolitik

Scharfe Attacken des US-Außenministers gegen die regierende Geistlichkeit / Schlappe für die USA, Sieg für die Mullahs / UNO wirft Iran massive Verletzung der Menschenrechte vor / Besuch des UNO-Menschenrechtsbeauftragten Ligabo / Djalal Talebani bat Iran um Amnestie für die Volksmodjahedin / Spekulationen über Entlassung des Mykonos-Attentäters / Scharfer Protest nach Tod von zwei Iranern in Irak

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 01/2004 Anfang Januar) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Dezember 2003

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen,
wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
lorenz@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

2. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik

Drei Monate vor den Parlamentswahlen

Beim Konflikt mit der Atombehörde ist Iran mit einem blauen Auge davon gekommen. Die Gefahr internationaler Sanktionen ist vorerst gebannt. Dennoch ist keine Ruhe ins Land eingekehrt. Im Gegenteil, die Ungewissheit über die Zukunft, das große Rätselraten über den Ausgang der Wahlen Ende Februar, die hohe Arbeitslosigkeit und der Mangel an Zukunftsperspektive bei Jugendlichen sorgen für eine angespannte Stimmung im Volk. Besorgniserregend ist vor allem, dass sich die konservativen Islamisten im Aufwind befinden, dass sie, wie allgemein in Iran angenommen wird, in drei Monaten auch das Parlament zurück erobern werden, nicht weil das Volk hinter ihnen steht, sondern weil die Wahlbeteiligung sehr gering sein wird.

Der Atomkonflikt hat den Rechten den Rücken gestärkt. Während sie zunächst jedes Nachgeben gegenüber der internationalen Atombehörde als Verrat des Vaterlands und des Islam ablehnten und die Reformer, die die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Atomsperrvertrag empfahlen, als Lakaien der USA und Israels bezeichneten, nahmen sie in der letzten Phase das Ruder selbst in die Hand. Hassan Rohani, Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrats und einer der führenden Köpfe der Konservativen, der sich bislang mehr oder weniger im Verborgenen hielt, wurde offenbar vom Revolutionsführer Chamenei auf die politische Bühne geschickt, um einige Wochen lang den Außenminister zu spielen. Er führte Gespräche in Brüssel, in Wien, in Moskau und zeigte den Großen der Welt, wer im Iran das Sagen hat. Ex-Staatspräsident Rafsandjani, die Graue Eminenz bei den Konservativen, hatte bereits vor Monaten gesagt, die Amerikaner seien dumm, sonst wüssten sie, an wen sie sich in Iran wenden müssten. Tatsächlich gelang es den Konservativen, die Amerikaner in Wien zu isolieren und deren Plan, durch den UNO-Sicherheitsrat Sanktionen gegen Iran zu beschließen, zu vereiteln. (s. Bericht Seite 11)

Die Reformer um Präsident Chatami wurden an den Rand gedrängt. Verdutzt schauten sie dem erstaunlichen Kurswechsel zu. Sie waren zum Schweigen verdammt, weil die Rechten genau dem zustimmten, was die Reformer zuvor gefordert hatten. Natürlich muss man nun fragen, ob sie sich nun an die Abmachungen, die sie mit der Internationalen Atombehörde und den Außenministern Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens getroffen haben, halten werden. Die Skepsis wird dadurch verstärkt, dass derselbe Hassan Rohani, der die Vereinbarungen unterzeichnet hatte, nach der Verabschiedung der Resolution durch den Gouverneursrat der Internationalen Atombehörde ankündigte, Iran werde zumindest für einen der Reaktoren Uran anreichern. Wie auch immer, Iran ist zunächst aus dem Schneider, es wird vorläufig keine Sanktionen geben.

Auch ein Angriff der USA, den man bis vor wenigen Monaten für möglich hielt, scheint, nach dem Debakel, den die Amerikaner im Irak erlebt haben, so gut wie ausgeschlossen. Die Gefahr ist vorerst gebannt, die Rechten können sich nun eher den inneren Problemen widmen. Wie es scheint, sind sie entschlossen, diese Atempause zum Ausbau und zur Festigung ihrer Macht zu nutzen. Das nächste Ziel ist die Rückeroberung des Parlaments, in dem sie zurzeit eine relativ kleine Minderheit bilden. Um dieses Ziel zu erreichen, setzen sie die Blockadepolitik, die sie mit Hilfe des Wächterrats schon seit Jahren ausüben, verstärkt fort. Auch außerhalb des Parlaments lehnen sie jedes Kompromissangebot der Reformer ab. Ferner versuchen sie, mit allen Mitteln den Block der Reformer zu spalten. Die Justiz, die von Konservativen beherrscht wird, führt zahlreiche Prozesse gegen führende Vertreter der Reformbewegung, sogar gegen Parlamentsabgeordnete. Eine ganze Reihe von kritischen Journalisten und Intellektuelle sitzt in Haft. Zudem nimmt sich der Wächterrat entgegen der Verfassung das Recht, Kandidaten für die Parlamentswahl zu filtern und radikale Reformer abzulehnen. Das bedeutet, dass die erste Wahl vom Wächterrat getroffen wird. Das Volk darf dann nur jene Kandidaten wählen, die dem Wächterrat als Volksvertreter geeignet scheinen.

Unter diesen Umständen fragen sich die Reformer, wie sie sich bei den Wahlen verhalten sollen. Allgemein wird damit gerechnet, dass die Wahlbeteiligung, wie bei den Kommunalwahlen in diesem Jahr, sehr niedrig sein wird. Das ist ein Ausdruck der Enttäuschung von Millionen über diejenigen, die sie mit Hoffnung auf Reformen gewählt haben. Aber je niedriger die Wahlbeteiligung, desto größer ist, wie wiederum die Kommunalwahlen gezeigt haben, die Chance der Konservativen. Die geringe Teilnahme – in der Hauptstadt Teheran beteiligten sich nur zwölf Prozent der Wahlberechtigten – führte dazu, dass die Konservativen in den meisten Kommunen als Sieger hervorgingen.

Drei Vorschläge werden zurzeit diskutiert. Ein Teil der Reformer schlägt vor, die Wahlen zu boykottieren. Es sei sinnlos, argumentieren sie, dass man um Stimmen wirbt, wohl wissend, dass man unter den gegebenen Umständen nichts oder kaum etwas erreichen kann. So sei es auch in den vergangenen vier Jahren gewesen. Das Parlament habe, trotz der absoluten Mehrheit der Reformer, bei keinem einzigen Gesetz, mit dem ernsthafte Reformen erzielt wurden, den Widerstand des Wächterrats brechen können. Es sei ohnehin fraglich, ob das Volk noch einmal bereit wäre, jene zu wählen, die nichts zustande gebracht haben.

Diese Gruppe ist ebenfalls der Ansicht, dass auch Präsident Chatami zurücktreten sollte. Durch diesen radikalen Akt könnte man versuchen, eine starke Opposition außerhalb des Parlaments zu organisieren. Die vier vergangenen Jahre hätten bewiesen, dass die Rechten zu keinerlei Kompromissen bereit seien. Iran stehe an einem Scheideweg. Die nächsten Monate seien Monate der Entscheidung.

Die zweite Gruppe plädiert für die Durchführung einer Volksbefragung. Wie in der Verfassung vorgesehen, sollen Fragen, die vom Parlament und von anderen Instanzen nicht gelöst werden können, dem Volk zur Entscheidung vorgelegt werden. Bei diesem Vorschlag gibt es mehrere Variationen. Die Radikalen wollen, dass das Volk über das gesamte System entscheidet, das heißt über die Frage: Islamische Republik, ja oder nein. Die Gemäßigteren wollen das Volk über strittige Punkte, wie zum Beispiel über die Kompetenzen des Wächterrats oder die des Staatspräsidenten, befragen. Das Problem bei diesen Vorschlägen besteht darin, dass selbst wenn das Parlament sich mehrheitlich für ein Referendum entscheiden würde, diese Entscheidung, wie alle anderen Entscheidungen, der Zustimmung des Wächterrats und letztendlich der des Revolutionsführers bedürfte. Man kann aber davon ausgehen, dass keiner dieser Instanzen dazu bereit wäre. Denn die Konservativen sind sich darüber klar, dass jede Volksbefragung zu ihrem Nachteil ausfallen würde.

Die dritte Gruppe plädiert für die Teilnahme an der Wahl. Die Reformer sollten nicht zurückweichen und den Konservativen das Feld überlassen. Selbst wenn sie im nächsten Parlament eine Minderheit bilden würden, sollte man auf die Möglichkeit nicht verzichten, das Parlament als Tribüne zu benutzen. Denn würden die Konservativen das Parlament beherrschen und in Konsequenz in einem Jahr auch das Amt des Staatspräsidenten übernehmen, dann wäre das Land mit einer absoluten Diktatur konfrontiert, die keine Kritik dulden würde. Das Volk sei unter keinen Umständen gewillt, noch einmal an einer Revolution teilzunehmen. Demzufolge bleiben nur Reformen als Alternative.

Chatami gehört zur dritten Gruppe. „Die Wahlen", sagte er kürzlich, „ haben sowohl innen- als auch außenpolitisch eine große Bedeutung. Wir werden von außen bedroht. Es ist wichtig der Welt zu zeigen, dass unser Volk, selbst wenn es aus verschiedenen Gründen unzufrieden sein sollte, nicht kapitulieren und niemals seine nationale Souveränität aufgeben wird." Er appellierte an das Volk, sich an den Wahlen zu beteiligen, denn das Parlament sei die wichtigste Instanz, die die Diktatur in Schranken weisen könnte.

Demgegenüber erklärte Ali Mazrui, Sprecher der Moscharekat-Partei, die die größte Organisation der Reformer bildet, seine Partei habe sich noch nicht entschieden, ob sie sich an den Wahlen beteiligen werde. Über diese Frage werde ein Sonderparteitag Anfang Februar entscheiden.

Weit positiver beurteilt sein Parteikollege Hossein Ansari Rad, der Vorsitzende des Rechts- und Sicherheitsausschusses, die Lage. Er sagte vor einer Versammlung der Mosharekat-Partei in Isfahan: „Die gesellschaftlichen und politischen Zustände in unserem Land sind inzwischen reif genug,

um die Mafia der Macht beseitigen zu können." Ein Teil der Macht befinde sich in der Hand der Reformer, viele engagierte Menschen seien aktiv, die Lage sei regional, auch internationalen günstig. Wenn es gelänge im nächsten Parlament die Mehrheit zu erringen, „selbst wenn es keine absolute, sondern eine relative Mehrheit wäre, würde der Erfolg nicht weit entfernt sein".

Welcher der drei genannten Vorschläge befolgt wird, werden die nächsten Wochen zeigen. Die Gefahr besteht nur darin, dass die Diskussion über den richtigen Weg zu tiefen Spaltungen innerhalb der Reformbewegung führen könnten, Spaltungen, von denen nur die Rechten profitieren würden.

Versammlungsverbot für den „Tag des Studenten"

Das Innenministerium hat jegliche Demonstrationen und Kundgebungen zum „Tag des Studenten" untersagt. Auch der Antrag einiger Studentenorganisationen, sich in Teheran, in den Räumen einer Moschee, zu versammeln wurde abgelehnt.

„Der Tag des Studenten", wird jährlich am 7. Dezember zum Gedenken an drei Studenten veranstaltet, die unter der Herrschaft des Schah 1953 bei einer Demonstration erschossen wurden. Dieses historische Datum wird gewöhnlich von Studenten zum Anlass genommen, um sich mit der herrschenden Macht kritisch auseinander zu setzen.

Matin Moshkin, Stellvertreter des Islamischen Studentenvereins, meinte zu dem Demonstrationsverbot: „Auch die Reformer treiben mit uns ihr Spiel. Das Innenministerium erlaubt keine Demonstrationen außerhalb der Universitäten und das Kultusministerium verbietet uns Versammlungen innerhalb der Universitäten." Den Grund für diese Verbote sieht Moshkin darin, dass die Studenten inzwischen auch zu den Reformern Abstand genommen haben. „Man will uns zu Kompromissen zwingen oder spalten", sagte Moshkin.

Tatsächlich haben sich die wichtigsten Studentengruppen, die Chatami bei seiner ersten und zweiten Wahl sowie bei den Parlamentswahlen die Reformer unterstützt haben, in den vergangenen Monaten politisch weit von ihnen entfernt. Der Grund für die Trennung liegt darin, dass die Reformer so gut wie keine der Forderungen der Studenten durchsetzen konnten. Auch bei den Studentenunruhen im Mai und Juni dieses Jahres, bei denen zahlreiche Demonstranten festgenommen wurden, haben sich die Reformer, bis auf einzelne Parlamentsabgeordnete oder Journalisten, zurückgehalten. Es ist abzuwarten, wie die Studenten auf das Verbot reagieren werden. Sollte dieser Tag, den bereits Ayatollah Chomeini offiziell als „Tag des Studenten" anerkannt hatte, ohne Kundgebungen oder Veranstaltungen verlaufen, wäre dies auch für die Reformer wohl peinlich.

Getrennte Parkanlagen für Männer und Frauen in Teheran geplant

Seit den Kommunalwahlen Anfang diesen Jahres, bei denen die Konservativen wegen der äußerst geringen Wahlbeteiligung in zahlreichen Städten die Kommunen zurückerobern konnten, ist in den meisten Gegenden des Landes eine Rücknahme der halbwegs gewonnenen zivilen Umgangsformen festzustellen. So auch in der Hauptstadt Teheran, wo einer der eifrigsten Islamisten zum Bürgermeister gewählt wurde. Während sich in den Jahren davor besonders in der Hauptstadt allmählich eine gewisse Lockerung der moralischen Vorschriften durchgesetzt hatte und zum Beispiel nicht mehr so streng auf die Kleidung der Frauen oder den Umgang zwischen jungen Männern und Frauen geachtet wurde, hat sich der neue Bürgermeister vorgenommen, „die Stadt wieder zu islamisieren".

Schon zu Beginn der Revolution wurde die „Islamisierung der gesamten Gesellschaft" von den neuen Machthabern als Hauptziel der Volkserhebung proklamiert. Im Mittelpunkt dieser „Islamisierung" stand der „Schutz der Keuschheit der Frauen". Strenge Kleidungsvorschriften, getrennte Schulen, getrennte Badestrände, getrennte Plätze in den öffentlichen Verkehrsmitteln, in den Kinos, Theatern, in den Universitäten, ja sogar getrennte Krankenhäuser sollten die Frauen vor den „sündhaften" Blicken der Männer und dem Kontakt mit ihnen schützen. Diese Maßnahmen sind zum Teil immer noch in Kraft, aber sie werden nicht mehr so streng gehandhabt.

Nun hat sich der neue Bürgermeister etwas Neues einfallen lassen. Er will Parkanlagen für Frauen errichten, ver-

mutlich deshalb, weil gerade die Parks immer häufiger für Verabredungen zwischen jungen Männern und Frauen benutzt werden. Wie Fachr el Sadat Mohtaschemi, Mitglied des „Frauenbüros" in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur ILNA mitteilte, plant die Teheraner Stadtverwaltung in verschiedenen Bezirken die Errichtung von zehntausend Quadratmeter großen Parkanlagen, die gleichzeitig als Kultur- und Unterhaltungszentren für Frauen dienen sollen.

Iranische Frauenorganisationen haben die Befürchtung geäußert, dass die neuen Pläne der Teheraner Stadtverwaltung die fundamentalistischen Vorstellungen der ersten Jahre der Revolution neu beleben könnten.

Massendemonstrationen gegen Israel

Hunderttausende Iranerinnen und Iraner haben am letzten Freitag des Fastenmonats Ramadan in der Hauptstadt Teheran und anderen Großstädten gegen Israel und USA demonstriert. Schon zu Beginn der iranischen Revolution hatte Ayatollah Chomeini diesen Tag als Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk eingeführt. Seitdem wird jedes Jahr an diesem Tag, der „al Kuds" (Jerusalem) genannt wird, auch außerhalb Irans demonstriert. Dieses Jahr war die iranische Staatsführung, in Anbetracht des wachsenden Drucks von außen, besonders bemüht, möglichst viele Menschen auf die Straße zu locken. Damit sollte bewiesen werden, dass die Massen im Land hinter den Herrschern stehen. Tatsächlich sind Hunderttausende dem Ruf der Machthaber gefolgt. Die Demonstranten, die zum Teil mit Bussen und Autos in die Hauptstadt angereist waren, zogen durch das Universitätsviertel im Zentrum Teherans. Sie skandierten Parolen gegen Israel, die USA und Großbritannien, sie verbrannten Bilder von US-Präsident George W. Bush und dem israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon. An der Demonstration nahmen führende Politiker und Geistliche, darunter Staatspräsident Mohammad Chatami und Parlamentspräsident Mehdi Karrubi teil.

87,9 der Bevölkerung Prozent für Fortsetzung der Reformen

Bei einer in der Hauptstadt Teheran durchgeführten Umfrage haben sich von 1607 Befragten 45 Prozent für die Fortsetzung der Reformen ausgesprochen, 42,9 Prozent vertraten die Meinung, dass die Reform nicht nur fortgesetzt werden, sondern noch wesentlich einschneidender sein sollten. Lediglich 5 Prozent der Befragten meinten, Reformen seien nicht nötig.

Studenten verlangen Verfassungsreform

Der Verein Islamischer Studenten an der Universität Teheran hat eine Umfrage durchgeführt, aus der hervorgeht, dass 83 Prozent eine Verfassungsreform für dringend erforderlich halten. Die Umfrage widerspiegelt auch die Stimmung, die zurzeit unter den Studenten herrscht. Die Behauptung, Chatamis Reformen seien in die Sackgasse geraten, bezeichnen 33,3 Prozent als „völlig richtig", 44,3 Prozent als „richtig", 15,2 Prozent als falsch und 7,2 Prozent als völlig falsch.

Mit der Forderung, als Ausweg aus der Sackgasse eine Volksbefragung über die Verfassung durchzuführen, erklären sich 38,3 Prozent völlig einverstanden und 37,3 Prozent einverstanden. 16,6 lehnen sie ab, 7,7 lehnen sie völlig ab.

Auf die Frage, ob der Wächterrat die Verfassung missachtet, antworten 47,4 Prozent: „völlig richtig", 33,8 Prozent „richtig", 14,2 Prozent „falsch", 4,6 Prozent „völlig falsch".

45,1 Prozent der Befragten hielten eine Reform der Verfassung für völlig richtig, 38,2 für richtig, 12,9 Prozent für falsch und 3,8 Prozent für völlig falsch.

Auf die Frage, wie Chatami auf die Blockadepolitik des Wächterrats reagieren sollte, meinten 38 Prozent, der Präsident solle zurücktreten, 31,5 Prozent empfahlen, er solle den Dialog mit dem Wächterrat fortsetzen, um Lösungen zu finden. 25,7 meinten, dass Kompromisse zu keinem Ergebnis führen würden. 4,8 Prozent waren der Ansicht, Chatami sollte, um Unruhen zu vermeiden, nachgeben.

Auf die Frage, wie sich die Abgeordneten im Parlament verhalten sollten, meinten 37,9 Prozent, sie sollten auf die Durchführung einer Volksbefragung insistieren, 30,2 Prozent äußerten die Ansicht, sie sollten geschlossen zurücktreten, 24,1 Prozent hielten ein Verbleiben im Parlament für besser als

einen Rücktritt und 7,8 Prozent meinten, die Angeordneten sollten zivilen Widerstand leisten und durch Obstruktionen das Parlament lahm legen.

Gefragt wurde auch nach den politischen Zielen der Studentenbewegung. Dazu meinten 60,1 Prozent der Befragten, die Studenten sollten sich für die Durchführung einer Volksbefragung einsetzen, 26,4 Prozent vertraten die Ansicht, die Bewegung sollte in Ruhe ihre Aktivitäten fortsetzen, 7,3 Prozent meinten, Studenten sollten sich aus der Politik heraushalten und 6,2 Prozent empfahlen, dass die Studenten sich nur um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern sollten.

Auf die Frage, was geschehen müsse, damit die wirtschaftliche Lage sich bessert, antworteten 69,6 Prozent, es sei gleichgültig, wer das Land regiere, es werde sich ohnehin nichts ändern, 19,5 Prozent meinten, wenn man Chatami gewähren ließe, würde sich die Wirtschaft entwickeln, 7,7 Prozent meinten hingegen, eine Besserung würde sich ergeben, wenn Chatami zurücktreten würde, 3,2 Prozent äußerten die Ansicht, dass die Konservativen das Ruder in die Hand nehmen müssten.

Ehemaliger Botschafter Irans in Argentinien nach Iran zurückgekehrt

Der ehemalige Botschafter Irans in Argentinien, Hadi Soleimanpur, dem die argentinische Justiz die Teilnahme an einem Attentat gegen jüdische Einrichtungen vorwirft, ist Mitte November nach Iran zurückgekehrt. Er hielt sich seit einigen Jahren - nicht als Diplomat, sondern als Doktorand - in England auf.

Nach Abschluss der Untersuchungen im August dieses Jahres gelangte die Justiz in Buenos Aires zu der Feststellung, dass sowohl Soleimanpur als auch der damalige iranische Geheimdienstchef Fallahian an der Planung und Ausführung des Attentats beteiligt gewesen waren. Bei dem Anschlag, das 1994 auf das jüdische Gemeindezentrum AMIA in Buenos Aires verübt wurde, kamen 85 Personen ums Leben, 200 wurden verletzt.

Iran stand schon seit Jahren im Verdacht, Auftraggeber des Anschlags gewesen zu sein. Zuletzt hatte der frühere iranische Geheimdienstler Abdolghassem Mesbahi die iranische Staatsführung schwer belastet. Seinen Angaben zufolge habe sie den Befehl zum Anschlag erteilt. Teheran hat dies jedoch immer wieder bestritten.

Nach Abschluss der Untersuchungen beantragte Argentinien die Auslieferung Soleimanpurs. Soleimanpur wurde zunächst in Haft genommen, dann gegen eine Kaution von umgerechnet einer Million Euro wieder freigelassen. Die Festnahme führte zu erheblichen politischen Spannungen zwischen Teheran und London.

Mitte November erklärte das Innenministerium in London, dass die vorgelegten Unterlagen für eine Auslieferung nicht ausreichend seien. Soleimanpur durfte in seine Heimat zurückkehren.

Der ehemalige Botschafter bezeichnete die ganze Aktion als „eine internationale Verschwörung gegen das iranische Volk und die iranische Staatsführung". Wie die Nachrichtenagentur IRNA berichtete, meinte Soleimanpur bei seiner Ankunft am 19. November in Teheran, „Ziel der Kampagne war, Iran in eine Sache zu verwickeln, mit der das Land absolut nichts zu tun hatte". „Das iranische Volk und seine Führer sind sauber genug. Sie lassen sich mit solchen Vorwürfen wie Teilnahme am internationalen Terrorismus nicht besudeln. Zum Glück haben uns der Mut und die Standhaftigkeit unserer Staatsführung vor dieser Verschwörung bewahrt."

Auf die Frage, ob die Akten in Argentinien nun geschlossen seien, sagte er: „Uns ist gelungen die Kampagne zurück zu schlagen, aber es muss noch einiges erledigt werden." Ein Journalist wollte wissen, ob er wieder nach England zurückkehren wird. „Mein Studium ist abgeschlossen", sagte der Ex-Botschafter.

II. Wirtschaft

Krise der iranischen Textilindustrie

Der Wirtschaftsredakteur des persischsprachigen Senders „Radio Farda", Fereidun Khawand, kommentierte einen Bericht der Tageszeitung „Hamshahri" über die Lage der iranischen Textilindustrie. Wie in den meisten Entwicklungsländern spiele auch in Iran die Textilindustrie eine strategische Rolle. Diese Rolle könne damit begründet werden, dass die Textilindustrie keine komplizierte Technologie und dementsprechend auch keine hoch qualifizierten Fachkräfte benötige. Dieser Industriezweig könne parallel mit dem Wachstum der Bevölkerung wachsen und neue Arbeitsplätze schaffen. Er kann sogar seine Produkte exportieren und damit eine wichtige Quelle für Deviseneinnahmen bilden.

Die Textilindustrie spielte zu Beginn der Modernisierung Irans Ende des 19. Jahrhunderts eine Vorreiterrolle. In den sechziger und siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts gelang ihr sogar einen Teil ihrer Produkte zu exportieren. Doch die Revolution von 1979 und der darauf folgende achtjährige Krieg gegen das Nachbarland Irak brachten auch diesen Industriezweig in eine tiefe Krise, aus der er bis heute nicht herauskommen konnte. Blickt man auf den iranischen Textilmarkt, stellt man fest, dass importierte Textilien, insbesondere aus Indien, Pakistan und Thailand auffallend zugenommen haben, während iranische Textilprodukte für den Export sogar weit geringer sind als der Textilexport Tunesiens oder Bangladeschs. Dennoch bildet die iranische Textilindustrie mit einer halben Million Beschäftigten nach wie vor den größten Industriezweig des Landes.

Der Vorsitzende des Verbands iranischer Textilindustrie, Djamshid Basiri, sagte in einem Gespräch mit Hamshahri: „Eines der wichtigsten Probleme, mit denen wir zu kämpfen haben, besteht in der Einfuhr von Baumwolle, was mit zahlreichen Schwierigkeiten verbunden ist." Iran selbst produziere zur Zeit 80 tausend Tonnen Baumwolle, benötigt würden jedoch 180 tausend Tonnen. Dabei sei die Qualität der importierten Baumwolle weitaus besser. Ein weiteres Problem bilde „der Ansturm von geschmuggelten ausländischen Textilprodukten auf den Markt", mit denen inländische Produkte kaum konkurrieren können. Die Textilindustrie könne nur gesichert werden, wenn Investitionen in diesem Bereich die erforderlichen Sicherheiten erhalten, wenn die Inflation gebändigt und die Schmuggelwirtschaft ernsthaft bekämpft werde.

Gaspipeline von Iran nach Indien

Wie der in Prag stationierte persischsprachige Sender „Radio Farda" unter Berufung auf eine Meldung der Tageszeitung „Indian Express" berichtet, sollen die Verhandlungen zwischen Indien und Iran über den Bau einer Gaspipeline von Iran nach Indien kurz vor dem Abschluss stehen. Dem Bericht zufolge erklärte der iranische Vizeaußenminister Mohammad Hossein Adeli bei einer Wirtschaftstagung in New Delhi, der Gasexport von Iran durch Pipeline über Pakistan nach Indien sei weitaus günstiger als andere denkbare Transportmöglichkeiten wie etwa mit dem Schiff. Iran sei bereit 60 Prozent der Kosten zu übernehmen.

Der Plan wäre längst umgesetzt worden, wenn Indien keine Bedenken hätte. Indien befürchtet, dass Pakistan bei den Konflikten, die zwischen den beiden Ländern immer wieder entflammen, die Pipeline als Druckmittel einsetzen könnte. Auf der anderen Seite ist Indien auf den Import von Gas angewiesen. Auch für Pakistan und selbstredend für Iran würde der Gasexport große Vorteile bringen. Offenbar konnten nun nach monatelangen Verhandlungen die Bedenken Indiens ausgeräumt werden. Iran habe, erklärte Adeli, Indien gegenüber die Verantwortung für die Finanzierung, Versicherung und Sicherung der Pipeline bis zur Grenze Indiens übernommen.

Wie die Zeitung „Indian Express" berichtet, sei der ursprüngliche Plan noch dadurch erweitert worden, dass Pakistan nicht allein als Transitland fungieren soll. Auch Pakistan wird einen Teil des exportierten Gases abnehmen.

Über den Preis des zu exportierenden Gases gab Adeli keine Auskunft. Er gab jedoch bekannt, dass schon im Dezember Vertreter eines indischen Konsortiums mit der Nationalen Iranischen Ölgesellschaft über endgültige Modalitäten verhandeln werden.

Alle drei beteiligten Länder sind daran interessiert, dass die Pipeline, die eine Länge von 2600 Kilometer haben soll, so bald wie möglich gebaut wird. Allein Pakistan wird für den Transit schätzungsweise eine Summe von jährlich 580 Millionen US-Dollar einnehmen.

Vertrag mit Deutschland: Produktion von schweren Lastkraftfahrzeugen

Der Vertrag über die Produktion von schweren Lastkraftfahrzeugen wurde, wie die Nachrichtenagentur IRNA berichtet, von Herrmann Dopler, Geschäftsführer von Daimler Chrysler und Mohsen Lotfi, Geschäftsführer des iranischen Fahrzeugherstellers I.D.E.M. unterzeichnet. Lotfi äußerte sich zufrieden über den Vertrag. Damit werde Iran jährlich 4000 Motoren der Serie 900 für schwere Kraftfahrzeuge herstellen.

70 Prozent der Anteile der in der Stadt Tabriz ansässigen Firma I.D.E.M. gehören „Iran Khodro", 30 Prozent Daimler Chrysler. Die Motoren werden gleichzeitig in Mannheim und Tabriz hergestellt. Produzierte Einzelteile sollen gegenseitig ausgetauscht werden. Der vorgesehene Verbrauch der Motoren pro 100 km beträgt 25 Liter. Die Motoren der Serie 90 sollen stärker und qualitativ besser sein als die älteren Modelle.

Manuchehr Manteghi, Geschäftsführer von „Iran Khodro" sagte nach der Unterzeichnung, der Vertrag werde die industrielle Zusammenarbeit zwischen Iran und Deutschland verstärken und insbesondere für die Aktivitäten von Daimler Chrysler in Iran neue Horizonte öffnen. Wichtig bei dem Vertrag sei, dass I.D.E.M. in die Gesamtstruktur von Daimler Chrysler integriert werde. „Iran Khodro" habe den Plan, auf drei Ebenen zu arbeiten: Einzelteile zu produzieren, gemeinsame Produkte herzustellen und durch den Export von Produkten auf dem internationalen Markt aktiv zu werden.

Herrmann Dopler begrüßte ebenfalls den Vertrag und äußerte die Hoffnung, dass I.D.E.M. durch die Zusammenarbeit mit Daimler Chrysler eine wichtige Rolle auch auf dem internationalen Markt spielen werde. Daimler Chrysler plane die Produktion von Diesel-Motoren und betrachte auch bei dieser Planung die I.D.E.M. als zuverlässigen Partner.

Wird Benzin rationiert?

Es ist erstaunlich, dass ein Land, das zu den größten Ölproduzenten der Welt gehört, unter Benzinmangel leidet. In den letzten Wochen herrschte in den Provinzstädten Zandjan, Ghazwin und Karadj Benzinknappheit. Zwar hat das Ölministerium nach eigenen Angaben rasch für Nachschub gesorgt. Dennoch deutet die Knappheit auf Versorgungsprobleme, die sich nach Einschätzung von Experten im ganzen Land bemerkbar machen werden.

Der tägliche Benzinverbrauch in Iran beträgt im Durchschnitt 65 Millionen Liter. Demgegenüber liegt die Produktionskapazität inländischer Raffinerien bei 38 Millionen. Das bedeutet, dass Iran täglich mit 27 Millionen Litern importierten Benzins versorgt werden muss. Das Parlament hat einen Antrag der Regierung, 500 Millionen Dollar für den Import von Benzin einzusetzen, abgelehnt, obwohl der Benzinverbrauch im Vergleich zum Vorjahr um 11,7 Prozent gestiegen ist. Die Regierung hatte die im Haushalt vorgesehene Summe von 800 Millionen Dollar für den Benzinimport bereits nach sieben Monaten verbraucht. Mohammad Aghai, Vizeölminister, meinte, sollte sich der angestiegene Verbrauch fortsetzen oder gar, wie sein Ministerium befürchtet, weiterhin erhöhen, bliebe kein anderer Ausweg als Rationierung. „Wir bewegen uns auf eine tiefe Benzinkrise zu", sagte Aghai.

Das Problem bei der Einfuhr von Benzin besteht nicht nur in der Finanzierung. Die Möglichkeiten des Ausladens in den Häfen, des Transports und der Verteilung sind beschränkt. Die vorhandene Infrastruktur reicht schätzungsweise für die Einfuhr von täglich 15 Millionen Liter Benzin. Daher wird der rapide Anstieg des Benzinimports das Land vor schier unlösbare Probleme stellen. In Iran gibt es rund fünf Millionen Fahrzeuge. In diesem Jahr wurden 700tausend neue Fahrzeuge produziert, im nächsten Jahr soll die Zahl auf 900tausend steigen.

Indes gab Mohammad Sattarifar, Leiter des Planungsamtes, in einem Gespräch mit der Tageszeitung Shargh bekannt, dass bei einem Gipfeltreffen von Vertretern von Parlament, Regierung und Justiz erwogen wird, die staatlichen Substitutionen für Benzin gänzlich einzustellen. Seiner Einschätzung nach werde bereits im nächsten Jahr das

Benzin zum realen Preis angeboten werden. Dieses Vorhaben sollte schon im vergangenen Jahr beschlossen werden. Doch dafür konnte die Zustimmung des Parlaments nicht erlangt werden. Es wird damit gerechnet, dass sich der Benzinpreis mit einem Schlag verdoppeln bzw. verdreifachen wird.

In Anbetracht dieser Umstände scheint die Rationierung der einzige Ausweg zur Lösung des Benzinproblems zu sein.

Import aus Deutschland wuchs um 25%

Die Handelsbilanz zwischen Iran und seinem größten Handelspartner Deutschland erweist in den ersten sieben Monaten dieses Jahres eine auffallende Verschiebung zugunsten Deutschlands. Der Wert der Waren, die in diesem Zeitraum von Deutschland nach Iran exportiert wurden, beträgt 1,502 Milliarden Euro. Im vergangenen Jahr wurden in der gleichen Zeitspanne Waren im Wert von 1,2 Milliarden exportiert. Demgegenüber reduzierte sich der Export von Iran nach Deutschland innerhalb eines Jahres von 204 Millionen auf 179 Millionen Dollar, das heißt um 12 Prozent.

Der iranische Export nach Deutschland umfasst sowohl Erdöl als auch sonstige Waren. Unter den iranischen Exportgütern stehen Teppiche mit 71 Millionen Euro an erster Stelle, gefolgt von Rohöl (28 Millionen Euro) und Nahrungsmittel (8 Millionen Euro). Die Nachfrage nach allen diesen Gütern ist im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Bei den deutschen Exportgütern stehen Maschinen mit 416 Millionen Euro an erster Stelle, gefolgt von chemischen Produkten mit 148 Millionen Euro und Kraftfahrzeuge mit 119 Millionen.

Iran hat sich stets über den ungleichen Handel mit Deutschland beklagt. Doch offenbar haben die Beschwerden nicht zum Erfolg geführt. Im Gegenteil, das ungleiche Verhältnis wächst weiterhin zugunsten Deutschlands. In diesem Jahr zeigt die Bilanz, dass 85 Prozent der Waren, die mit einem Gesamtwert von 3,2 Millionen zwischen den beiden Ländern ausgetauscht wurden, aus Deutschland stammen.

Dieses ungleiche Verhältnis wird von Experten damit erklärt, dass Deutschland, im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern keine besondere Neigung zeigt, mehr Rohöl aus Iran zu importieren.

Iran kann hunderttausend Tonnen Weizen an Irak liefern

Handelsminister Mohammad Schariatmadari erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur ILNA, Iran sei in der Lage und bereit, hunderttausend Tonnen Weizen in den Irak zu exportieren. Gemäß einem Abkommen, das zuvor zwischen der iranischen Regierung und dem irakischen Regierungsrat unterzeichnet wurde, wird Irak sich dafür einsetzen, dass Iran bei der Vergabe für Konzessionen zur Versorgung der irakischen Bevölkerung mit Lebensmitteln gleich behandelt wird. Bei den Lebensmitteln handelt es sich um Weizen, Reis, Speiseöl, Trockenmilch, Tee, dazu kommen Seife und andere Waschmittel.

Schariatmadari sagte, sein Land habe einen Kredit von 300 Millionen Dollar für Irak zur Verfügung gestellt, der als Kaufkredit oder für technische Dienstleistungen oder auch zur Unterstützung iranischer Unternehmen, die im Irak tätig sind, verwendet werden kann. Iran sei bereit, dem Irak im Bezug auf Nahrungsmittel, Medikamente oder im Bereich von technischen Dienstleistungen für den Wiederaufbau des Landes jede mögliche Hilfe zu leisten.

Der irakische Handelsminister Ali Abdelamir Alavi erklärte nach einem Treffen mit seinem iranischen Amtskollegen, er bedauere, dass es in der Vergangenheit zwischen den Ländern Iran und Irak einen langjährigen, „erzwungenen Krieg" gegeben habe. Der irakische Regierungsrat habe großes Interesse, mit den Nachbarländern, insbesondere mit der Islamischen Republik zusammen zu arbeiten. Deshalb habe sich die erste irakische Regierungsdelegation, die ins Ausland gereist sei, für Iran entschieden. Seine Regierung und auch das irakische Volk hätten sich für die freie Marktwirtschaft entschieden und er sei davon überzeugt, dass auch künftige Regierungen dieser Entscheidung folgen werden. Es gebe zwar im Handel zwischen Iran und Irak noch gewisse Probleme. Er hoffe, bald eine Situation erleben zu können, in der der Handel zwischen den beiden Ländern so gestaltet sein werde, als würde er in einem einzigen Land getätigt. Er schlug für beide Länder eine Handelszone vor.

III. Außenpolitik

Scharfe Attacken des US-Außenministers gegen die regierende Geistlichkeit

US-Außenminister Colin Powell hat bei einer Rede am City Colleg von New York den herrschenden Klerus in Iran in ungewöhnlich scharfer Form attackiert. Das iranische Volk wolle in Freiheit leben, sagte Powell. „Es will frei sein von denen, die die heiligen Gewänder des Islam in den politischen Dreck gezogen haben." Viele Iraner seien dafür inhaftiert und eingeschüchtert worden, andere seien dafür gestorben. Die iranische Staatsführung hätte die Zeichen der Zeit erkennen müssen als die Massen die Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi in Teheran empfangen hätten. „Wir alle wissen, was dies bedeutet. Die bornierten Kleriker des Iran wissen es auch. Sie sollten sich Sorgen machen, denn auf die Nacht folgt der Morgen."

Bereits eine Woche zuvor hatte Präsident Bush Iran und Syrien zur mehr Demokratie aufgefordert und von einer US-Vorwärtsstrategie der Freiheit im Nahen Osten gesprochen.

Schlappe für die USA, Sieg für die Mullahs

Den herrschenden Mullahs in Iran gelang es durch eine trickreiche Diplomatie, die USA bei der Tagung des Gouverneursrats der Internationalen Atombehörde (IAEA) am 20. und 21. November in Wien zu isolieren und zu verhindern, dass die Behörde gemäß dem Wunsch der USA den Atomkonflikt mit Iran an den UN-Sicherheitsrat weiterleitet, der dann Sanktionen gegen die Islamische Republik verhängen könnte. Wie aus Diplomatenkreisen bekannt wurde, waren von den 35 Mitgliedstaaten des Gouverneursrats nur die drei Länder Kanada, Australien und Japan bereit, dem Plan der USA zu folgen.

Der Gouverneursrat hatte bei seiner Sitzung am 12. September Iran ultimativ aufgefordert, bis zum 31. Oktober sein Atomprogramm offen zu legen und das Zusatzprotokoll zum Atomsperrvertrag, das der Atombehörde unangemeldete Inspektionen erlaubt, zu unterzeichnen. Das Ultimatum wurde damit begründet, dass IAEA-Inspektoren in der Anlage Kalai-e, südlich von Teheran, angereichertes Uran und Spuren atomwaffenfähigen Materials entdeckt hatten. Während die Reformer um Präsident Chatami versöhnlerisch auf das Ultimatum reagierten und sich kompromissbereit zeigten, starteten die rechten Islamisten eine Pressekampagne, bei der jedes Einlenken Irans als „Kapitulation vor dem großen Satan USA und dem kleinen Satan Israel" und als „nationale Schande" bezeichnet wurde. Es sei die Wiederholung desselben Spiels, das bereits gegen Irak erprobt worden sei und schließlich zur Besatzung des Landes geführt habe. Vermutlich gehörte auch diese Kampagne zu den ungewöhnlich intensiven diplomatischen Aktivitäten und taktischen Winkelzügen, die Teheran in den vergangenen Wochen an den Tag legte.

Ungeachtet dieser starken Worte führten die Rechten einen gut durchdachten Plan durch, der den enormen Druck von außen und die damit verbundenen Gefahren für das gesamte System abwenden sollte. Diesem Plan gemäß machte Teheran stückweise Zugeständnisse. Zunächst wurde versichert, dass das iranische Atomprogramm ausschließlich friedlichen Zwecken diene und das Land nichts zu verbergen habe. Dann wurde Kooperationsbereitschaft mit der Atombehörde signalisiert und den Inspektoren gestattet, die Anlagen zu untersuchen und schließlich erklärte die Regierung, dass sie zur Unterzeichnung des Zusatzprotokolls bereit sei.

Der größte Schachzug gelang mit einer Einladung an die Außenminister Frankreichs, Deutschlands, Großbritanniens, die in dem Augenblick erfolgte, als die EU dabei war, auf die harte Linie der USA umzuschwenken. In einer gemeinsamen Vereinbarung am 21. Oktober in Teheran versicherte Iran, sein Programm zur Anreicherung von Uran „vorübergehend" einzustellen und das Zusatzprotokoll zum Atomsperrvertrag zu unterzeichnen. Im Gegenzug versicherten die drei europäischen Außenminister, die friedliche Nutzung der Nuklearenergie und die Entwicklung moderner Technologie in Iran zu unterstützen. Damit hatte Iran praktisch die EU auf eine kooperative Linie festgelegt, die dem konfrontativen Kurs der USA konträr entgegenstand.

Die Vereinbarung wurde weltweit begrüßt. Russlands Außenminister Igor Iwanow sagte im Vorfeld der IAEA-Gouverneursitzung, er sehe keinen Grund für etwaige Sanktionen: „Im Gegenteil, wenn Iran die IAEA-Auflagen erfüllt, ist die internationale Ge-

meinschaft auf Basis internationaler Vereinbarungen verpflichtet, ihm bei der Entwicklung eines Atomprogramms für friedliche Zwecke zu helfen". Iwanow fügte hinzu: „Mir scheint, wir sollten die Situation jetzt nicht künstlich aufheizen. Wichtig für den Iran ist, dass er seine Auflagen erfüllt. Außerdem sind strikte Kontrollen nötig, und die führt IAEA durch."

Der Bericht der Atombehörde, den Generalsekretär El Baradei den Gouverneursrat vorgelegt hatte, beinhaltete zwar detaillierte Beweise dafür, dass Iran achtzehn Jahre lang gegen den Atomsperrvertrag verstoßen und sowohl Plutonium als auch angereichertes Uran hergestellt hatte. Er bescheinigte jedoch dem Land, in den letzten Wochen mit der Behörde voll kooperiert zu haben. Die Inspektoren hätten bisher keinerlei Spuren gefunden, die auf den Bau von Atombomben gedeutet hätten. Allerdings müssten weitere Untersuchungen folgen, um zu einem endgültigen Urteil gelangen zu können. Man müsse „auf die schlechten und guten Nachrichten" aus Teheran reagieren, sagte El Baradei zum Auftakt des Treffens in Wien. Iran habe „ein neues Kapitel der Zusammenarbeit eröffnet" und verhalte sich bereits „so, als wäre das noch zu unterzeichnende Zusatzprotokoll bereits in Kraft." Dies sei „sehr ermutigend". „Aus der Perspektive der Nichtverbreitung von Atomwaffen sind wir weit gekommen", sagte der Generalsekretär.

Washington kritisierte den Bericht als „schönfärberisch" und versuchte in den letzten Tagen vor der entscheidenden Sitzung des Gouverneursrats das Blatt zu wenden. Außenamts-Staatssekretär John Bolton erklärte: „Ich muss sagen, es ist einfach unmöglich, den Ausführungen des Berichts zu glauben." Iran habe achtzehn Jahre lang die Atombehörde getäuscht und gegen seine Verpflichtungen schwer verstoßen. Die Schlussfolgerung, es gebe keine Beweise für ein militärisches Atomprogramm, sei abwegig und für die USA nicht hinnehmbar. US-Außenminister Colin Powell kritisierte auch die Haltung Deutschlands, Großbritanniens und Frankreich und bezeichnete den von diesen Staaten vorgelegten Resolutionsentwurf als sehr schwach. Der Entwurf erwähne kaum die Verstöße Irans und sage nichts über Kontrollmechanismen und mögliche Sanktionen. Tatsächlich hatte der Entwurf die Verstöße Irans gegen den Atomsperrvertrag kaum erwähnt und stattdessen das Schwergewicht auf die getroffenen Vereinbarungen gelegt. Wie aus Kreisen der EU bekannt wurde, hegten die Europäer die Befürchtung, ein zu starker Druck auf Iran könnte das Land dazu bringen, seine Unterschrift unter dem Atomsperrvertrag zurückzuziehen und jede Zusammenarbeit mit der Atombehörde zu kündigen.

Iran hatte sich zur vollen Kooperationsbereitschaft mit der Atombehörde verpflichtet und wie die iranische Regierung betonte, freiwillig sein Programm zur Anreicherung von Uran vorläufig eingestellt, aber die internationale Gemeinschaft vor harten Maßnahmen gewarnt. Der iranische Botschafter bei der IAEA, Ali Akbar Salehi, drohte mit einer Eskalation des Atomstreits, falls die internationale Energiebehörde ihren Bericht an den UN-Sicherheitsrat weiterleiten würde. Eine solche Entscheidung würde eine „internationale Krise heraufbeschwören", sagte der Botschafter. Er warnte vor „unberechenbaren Folgen", die für eine „friedliche Lösung" des Konflikts nicht zuträglich wären. Iran habe „sehr viel Einfluss und könne „viele Dinge" machen, sagte Salehi.

Die Differenzen zwischen den USA und der EU bzw. Russland ließen sich in der ersten Verhandlungsrunde nicht überbrücken. Denn trotz des enormen Drucks aus Washington waren die Europäer nicht bereit, ihre Position aufzugeben. Christina Gallach, Sprecherin des EU-Außen- und Sicherheitsbeauftragten Javier Solana sagte, die EU werde ihre bisherige Iran-Politik des „Konstruktiven Dialogs" fortsetzen. „Wir stehen nach wie vor zu der ‚Teheraner Vereinbarung' vom 21. Oktober", sagte Gallach.

Die Entscheidung musste um eine Woche vertagt werden. Erst am 26. November wurde nach zähen Verhandlungen Einigung erzielt. Die USA verzichteten auf die Einschaltung des UN-Sicherheitsrats und die EU-Staaten willigten ein, Iran wegen der Fehler der vergangenen achtzehn Jahre zu rügen. „Sollten irgendwelche weiteren schwer wiegenden Verstöße Irans ans Licht kommen, wird der Gouverneursrat sofort zusammenkommen, um in Anbetracht der Umstände und der Empfehlung des Generaldirektors alle verfügbaren Optionen zu erwägen." Gemäß dem Statut der IAEA gehört auch die Anrufung des Sicherheitsrats zu diesen Optionen.

Hassan Rohani, Generalsekretär des nationalen Sicherheitsrats, der in den letzten Wochen die iranische Außenpolitik praktisch in die Hand genommen hatte, äußerte sich zufrieden über die Resolution. Iran habe gegen Inspektionen nichts einzuwenden, sagte er. Der iranischen Diplomatie sei es gelungen, die angezettelten Verschwörungen gegen sein Land abzuwenden. „Wir werden die Positionen der jeweiligen Mitgliedsländer bei der IAEA genau unter die Lupe nehmen und diese bei der künftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit berücksichtigen." Er hob die „vorzügliche" Zusammenarbeit mit den EU-Staaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien sowie die mit Russland und China hervor. Er gab bekannt, dass sein Land neben den beiden Atomkraftwerken in Bushehr den Bau von weiteren sechs Kraftwerken plane. Er bezeichnete die Politik der USA als gescheitert und fügte hinzu: „US-Präsident Bush kann sich nicht einmal in London frei bewegen, geschweige denn in Bagdad."

UNO wirft Iran massive Verletzung der Menschenrechte vor

Die UNO-Vollversammlung verabschiedete eine von zehn Mitgliedstaaten, darunter USA und Kanada, eingebrachte Resolution, in der Iran wegen permanenter, massiver Verletzung der Menschenrechte und zunehmender Einschränkung der Meinungs- und Gedankenfreiheit verurteilt wird. 73 Staaten, darunter die EU-Staaten, stimmten der Resolution zu, 49 lehnten sie ab, 50 Staaten enthielten sich. Russland, China, Indien und die islamischen Staaten stimmten dagegen.

In der Resolution werden der Islamischen Republik widerrechtliche Strafmaßnahmen, Einschränkung der Handlungsfreiheit des Parlaments, Verbot von politischen Parteien, Missachtung internationaler Rechtsnormen und Unterdrückung religiöser Minderheiten vorgeworfen. In Iran werde die systemimmanente Ungleichheit zwischen Männern und Frauen fortgesetzt, Verfechter der Menschenrechte, Oppositionelle und Reformer würden willkürlich bestraft und in Haft gehalten und nach wie vor Menschen gefoltert, ausgepeitscht, gesteinigt, heißt es in der Resolution.

Zehn internationale Menschenrechtsorganisationen begrüßten die Resolution der UNO, die zeitgleich mit dem 5. Jahrestag der Kettenmorde in Iran veröffentlicht wurde. Damals wurden das Ehepaar Frouhar und die beiden Schriftsteller Mohammad Mochtari und Mohammad Djafar Pujandeh bestialisch ermordet. Aber obwohl die Regierung versichert hatte, die Täter und ihre Auftraggeber bald vor Gericht zu stellen, sind die Morde bis heute nicht aufgeklärt. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses im islamischen Parlament sagte: „Wir besitzen eine Liste von Personen, die vor Gericht gestellt werden müssten, aber wir haben nicht die Macht dazu. Die Spuren führen zu höheren Rängen, zu denen wir keinen Zugang haben."

In der in mehreren europäischen Ländern und den USA veröffentlichten Stellungnahme der Menschenrechtsorganisationen wird die „Missachtung der elementarsten Menschenrechte in Iran" kritisiert. Iran sei „das größte Gefängnis für Journalisten, Studenten, Intellektuelle, Andersdenkende und Angehörige religiöser Minderheiten". Selbst Rechtsanwälte, die die Opfer der Verbrechen verteidigen, würden nicht verschont.

In der Stellungnahme wird auch an den Mord an der kanadisch-iranischen Fotoreporterin Zahra Kazemi erinnert. Sie wurde im Juni diesen Jahres während des Verhörs schwer misshandelt. Wenige Tage danach starb sie infolge von Kopfverletzungen. Die Menschenrechtsorganisationen weisen darauf hin, dass auch nach Monaten Täter und Auftraggeber nicht ausgemacht seien und erklären, dass sie ihre Aktivitäten gegen die Verletzung der Menschenrechte in Iran verstärkt fortsetzen werden.

Teheran wies unmittelbar nach der Verabschiedung der UNO-Resolution die Vorwürfe zurück. Außenamtssprecher Hamid Reza Assefi bezeichnete die Resolution als „wertlos und völlig abwegig". „Hier werden Wahrheit und Realität völlig entstellt", sagte Assefi. Die Resolution und deren Befürworter hätten politische Absichten, die mit den Menschenrechten in Iran nichts zu tun haben.

Justizsprecher Gholam Hossein Elham bezeichnete die Resolution als beabsichtigten „kulturellen Massenmord" des Westens an der islamischen Welt.

Besuch des UNO-Menschenrechtsbeauftragten Ligabo

Mitte November hielt sich der UNO-Menschenrechtsbeauftragte Ambeyi Ligabo auf Einladung der iranischen Regierung eine Woche lang in Teheran auf. Ursprünglich war der Besuch für Juli diesen Jahres geplant, er wurde jedoch wegen der zu erwartenden Studentenunruhen verschoben. Ligabo führte zahlreiche Gespräche mit Parlamentariern, Vertretern der Regierung, der Justiz, der Presse und erhielt sogar die Erlaubnis einige politische Gefangene und deren Angehörige zu besuchen. Am Ende seines Aufenthalts sagte er auf einer Pressekonferenz, er sei mit seinem Besuch zufrieden, bedauere nur, dass er zu Mitgliedern des Wächterrats sowie zur Leitung des staatlichen Fernsehens und Rundfunks keinen Kontakt herstellen konnte. Er berichtete, dass er bei seinen Gesprächen mit Vertretern der Justiz diese aufgefordert habe, alle Personen, die aufgrund einer politischen Meinungsäußerung in Haft seien, freizulassen.

Bezüglich der freien Meinungsäußerung sei die Lage in Iran „ziemlich kompliziert", sagte Ligabo. Zwar werde in der iranischen Verfassung das Recht auf freie Meinungsäußerung anerkannt, doch dieses Recht werde ganz unterschiedlich ausgelegt und interpretiert. Dies mache sich im Vorfeld der Wahlen besonders bemerkbar.

Ligabo erklärte, er habe mit politischen Gefangenen frei und unter vier Augen im Hof des Gefängnisses sprechen können, unter anderem mit Professor Hashem Aghadjari, Akbar Gandji, Siamak Purzand und Iradj Djamshidi. Einige von ihnen hätten sich über „die schlechte Behandlung" beschwert, zum Beispiel über eine hunderttägige Einzelhaft. Zahra Behnudi, Ehefrau von Aghadjari, bestätigte, dass die Gespräche mit den genannten Personen tatsächlich stattgefunden haben.

Ligabo sagte, er habe von Einzelpersonen oder von Gruppen Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen bei politischen Aktivisten, Schriftstellern und Journalisten erhalten. Er werde diese Dokumente sowie seine Eindrücke und die Ergebnisse seiner Gespräche auswerten und im März nächsten Jahres seinen Bericht vorlegen.

Djalal Talebani bat Iran um Amnestie für die Volksmodjahedin

Der turnusmäßige Vorsitzende des provisorischen Regierungsrat Iraks, Djalal Talebani, hat offiziell die iranische Staatsführung um Amnestie für die Mitglieder der Volksmodjahedin gebeten. Eine Generalamnestie würde zahlreichen Mitgliedern der Organisation, die sich noch im Irak aufhalten, die Möglichkeit geben, ohne Furcht in ihre Heimat zurückkehren zu können.

Die iranischen Volksmodjahedin hatten Mitte der achtziger Jahre mit finanzieller und militärischer Unterstützung des Saddam-Regimes Stützpunkte im Irak eingerichtet, um von dort aus gegen die Islamische Republik Iran bewaffnet zu kämpfen. Die Organisation, deren Mitgliederzahl auf über zehntausend geschätzt wurde, soll auch die irakische Armee bei der Niederschlagung der Kurdenaufstände unterstützt haben. Nach dem Sturz des Saddam-Regimes schlossen die USA mit den Modjahedin ein Waffenstillstandsabkommen. Die Modjahedin wurden teilweise entwaffnet.

„Die USA und die EU haben die Organisation Volksmodjahedin als terroristisch eingestuft", sagte Talebani. „Auch die irakische Bevölkerung ist über die Zusammenarbeit der Organisation mit dem Saddam-Regime informiert. Aber hier gibt es ein menschliches Problem. Es gibt einige tausend iranische Staatsbürger, die mit ihrem Schicksal hadern." Verantwortlich für die Taten der Organisation sei die Führung, sagte der Kurdenführer. Doch gegenüber den einfachen Mitgliedern müsse man „Menschlichkeit" walten lassen.

Er habe während seines Besuchs in Teheran das Problem zur Sprache gebracht, sagte Talebani, teilte jedoch nicht mit, wie man dort auf seinen Vorschlag reagiert hat. Seiner Meinung nach soll die Amnestie nur für einfache Mitglieder gelten, nicht für die Führung der Volksmodjahedin. Er ließ jedoch die Frage, ob die Führung aus dem Irak ausgewiesen oder dort vor Gericht gestellt werden soll, unbeantwortet.

Indes haben eine Reihe ehemaliger Mitglieder der Volksmodjahedin Talebani in einem offenen Brief für seinen Einsatz gedankt. Sie weisen darauf hin, dass nicht nur einfache, sondern

selbst höher gestellte Mitglieder nie an Entscheidungen der Organisation beteiligt wurden. Daher seien auch sie für die Vergangenheit nicht verantwortlich.

Talebani hatte zuvor in Begleitung von sieben Ministern und zehn Mitgliedern des irakischen Regierungsrats offiziell Iran besucht und unter anderem mit Staatspräsident Chatami und Außenminister Charrasi Gespräche geführt. Bei diesen Gesprächen lud er Iran ein, den Wiederaufbau Iraks insbesondere in den Bereichen Energie, Handel, Bankwesen, Tourismus und Eisenbahnbau zu unterstützen. Zweck seiner Reise sei, politische und wirtschaftliche Vereinbarungen zu treffen und Problem, die die Sicherheit beider Länder betreffen, zu lösen.

Obwohl der provisorische Regierungsrat Irak von den USA eingesetzt wurde und kontrolliert wird, gehörte Iran unter den islamischen Staaten zu den ersten, die den Rat anerkannten. Bei seinem Abschied sagte Talebani: „Iran hat uns in allen schwierigen Situationen unterstützt. Das werden wir niemals vergessen."

Spekulationen über die Entlassung des Mykonos-Attentäters

Laut einem Bericht der „Berliner Zeitung" schließt die Bundesregierung die Abschiebung des in Berlin zu lebenslanger Haft verurteilten Attentäters Kazem Darabi nach Iran nicht grundsätzlich aus. Bei dem Attentat in dem Berliner Lokal Mykonos waren im September 1992 der Vorsitzende der Demokratischen Partei des iranischen Kurdistan und drei weitere Mitglieder ermordet worden. Der Prozess gegen die Attentäter erregt insbesondere deshalb Aufsehen, weil das Gericht nicht nur die Täter verurteilte, sondern auch Teile der iranischen Staatsführung, die nachweislich die Morde in Auftrag gegeben hatten.

Anlass zu Spekulationen lieferte jetzt ein vom Bundeskanzleramt verfasster Brief an den Verein Iranischer Flüchtlinge. Allerdings wird in diesem Schreiben mitgeteilt, dass die Strafvollstreckungsbehörden derzeit kein Verfahren für die Entlassung betrieben und es auch keine Anhaltspunkte für entsprechende Vorbereitungen gebe. Weiter heißt es dort, die Möglichkeit einer Freilassung Darabis im Rahmen eines Gefangenenaustauschs zwischen Israel und der Hisbollah sei „eher zweifelhaft". Zu den Bemühungen der Bundesregierung um Vermittlung in humanitären Fragen des Nahost-Konflikts wollte das Kanzleramt nicht Stellung nehmen, berichtet die Berliner Zeitung.

Scharfer Protest nach dem Tod von zwei Iranern in Irak

Teheran hat nach dem Tod von zwei Iranern, die bei einem schweren Gefecht zwischen den US-Truppen und irakischen Aufständischen in der Stadt Samara ums Leben kamen, heftigen Protest eingelegt. Der Leiter des Krankenhauses in Samara hatte erklärt, unter den Getöteten seien zwei iranische Pilger, die offenbar eine heilige Stätte besuchen wollten.

Wie die Nachrichtenagentur IRNA meldete, hat das iranische Außenministerium den Schweizer Botschafter in Teheran, Tim Guldimann, der die Interessen der USA in Iran vertritt, einbestellt, um ihm eine Protestnote gegen die „Ermordung" der beiden iranischen Staatsbürger zu überreichen. In der Note werden die USA aufgefordert, die Todesumstände zu klären. Es wurde auch eine „Entschädigung" verlangt.

Zuvor hatte Außenminister Kamal Charrasi die Kämpfe in Samara als „blinde Attacke" der US-Streitkräfte verurteilt und sie als „Respektlosigkeit gegenüber den heiligen Stätten" bezeichnet. Dies sei „eine Herausforderung religiöser Gefühle".